

Bezugspreis

Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
gemeinnütziger Zustellung 2,75 M., durch  
die Post 3,25 M., einschließlich  
gebühren. Bestellungen werden von allen  
Reichspostämtern angenommen.  
Im amtlichen Bezugspreisverzeichnis  
unter Nr. 6558 eingetragen.

Für die Redaktionen verantwortlich:  
Max Scharre in Halle.  
Erscheinenszeiten von 1914 bis 1918.  
Herausgeber: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 1743.

# Samen-Zeitung.

Sechshunddreißigster Jahrgang.

Nr. 68.

Halle a. d. Saale, Montag, den 10. Februar

1902.

## Zulassungspläne der Marine-Verwaltung.

Den parlamentarischen Seite wird noch geschrieben:  
Der Entsch. des Herrn von Tirpitz an das militärische  
Parlament des Reichstages, das eine interessante  
Darstellung enthält. Wenn sich dieselbe im Augenblick noch nicht  
veröffentlichen läßt, so liegt dies an Rücksichten, welche  
immer genommen zu werden pflegen, sobald es sich um  
Kontingenzen handelt, in die ein höherer Wille hineinspielt.  
Die Marine-Verwaltung will nicht immer, was der Admiralität  
in dieser Richtung evochaltet, beweist schon die Hindernisse, die  
Herrn von Tirpitz auf die „Optimisten der Front“, welche der  
Aufsicht zuzugewandt, daß sich manche Dinge schneller erreichen  
ließen, wenn nur der Staatskassier willte.

Es ist bekannt, daß drei Projekte für die Indienst-  
stellungen der Schiffe angelegt waren, eines, das sämtliche  
Schiffe umfaßte, vor andere, die je einen Teil derselben be-  
trafen. Man wollte zunächst die mittlere Linie und hat  
dieser bis jetzt unterzogen. Die Dispositionen bis 1910  
gehört das Reichs-Marineamt gleichfalls im Rahmen der im  
Budgetgesetzentwurf angelegten Selbstveranschlagungen  
zu treffen. Ueber die Dispositionen für die Jahre 1906 bis  
1910 hatte man dagegen dem Reichstag bestimmte Nachweise  
nicht gegeben, und eben auf diesen Zeitraum bezog sich der  
unrechtmäßig veröffentlichte Entsch. des Herrn von Tirpitz.  
Der Staatskassier will, falls die finanziellen und unpopu-  
lären Verhältnisse des Reiches dies irgendwie gestatten, von  
1906 ab die Indienststellungen dem wachsenden Schiffsbestand  
und dem zu beschaffenden Personal anpassen und zu  
diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der fortwährenden  
Ausgaben in den Berechnungen vorsehen. Hierfür besteht die  
Stelle des Entsch., welche den hiesigen Streit entzündet hat.  
Herrn von Tirpitz geht es, so es, um parallel laufende planmäßige  
Steigerung der Indienststellungen, im besonderen der mög-  
lichst bestmögliche organisierte Aufbau der Schiffsflotte, in den  
Berechnungen notwendig nicht gelassen werden mußte, da  
eine dem anwachsenden Schiffsstand entsprechende Steigerung  
der Indienststellungen für die Jahre 1906 bis 1910 so hohe  
Veranschlagungen ergeben haben würde, daß die Flottenver-  
einer neue Steuern nicht durchzuführen gewesen und insge-  
heim nicht Aussicht gehabt worden wäre.

Dieser wenig geklärt formulirte Satz war geeignet, Miß-  
verständnisse hervorzurufen. Ist die planmäßige Steigerung  
dieser, welche Herr v. Tirpitz selbst vorbereitet, oder eine  
andere, welche der Admiralität im Auge hatte? Ist das  
Ganze also eine allmähliche Niederlegung von Grundrissen der  
gemeinnützigen Staatskassiers und darum zugleich eine Warnung  
an andere Anstalten, diese Grundrisse zu beachten? Oder ist  
es das Eingeständnis, daß man dem Reichstag Berechnungen  
vorzulegen hat, welche dieser hätte kennen müssen, um die  
finanziellen Folgen seiner Wünsche ganz zu übersehen?

Seine Herrschaft Herrmann kann erst die Antwort geben.  
Auch der für 1904/5 angelegte Budgetplan wird  
man den wahren Sinn entnehmen. So viel aber er-  
reicht sich aus dem Stande der Affäre schon jetzt, daß es falsch  
ist, anzunehmen, Herr v. Tirpitz wolle bis 1905 vorgelegene  
Dispositionen schikanieren. Nein, das will er nicht. Er will  
zugestehen, daß er die fortwährenden Aus-  
gaben zu Zwecken der Indienststellungen vermehren  
fragt sich also nur, in welchem Maße er sie zu vermehren  
gedenkt. Es kann sich um eine Differenz von 15, von 30 oder  
mehr Millionen handeln.

Aus diesem Sachverhalt geht hervor, daß der Entsch. nicht,  
wie im Laufe der Debatte gemeint worden ist, nur deshalb  
Verurteilung hervorgerufen hat, weil er das Wort „Gehem-  
amtlich“ enthält. Das hätte den Politikern der Linken eine Rindfleisch  
zutun, die sie nicht besagen. Der Inhalt des Entsch.  
war es vielmehr, welcher wegen seiner unvollständigen Fassung  
den Einbruch hervorgerufen konnte, daß dem Reichstag nicht ganz  
klar war, was er eigentlich in der Sache zu tun hat.  
Nicht, daß er die Indienststellungen nur allmählich zu ver-  
mehren und den Aufbau der Schiffsflotte nicht übersehen will.  
Seine Vorlage wird, wie schon bemerkt, erkennen lassen, wie er  
die Worte „allmählich“ und „überführen“ versteht. Von  
Vertrauenslosigkeit läßt sich die Linke freilich, und auch bei einem  
Teile der Freisinnigen waltet eine rechtliche Mißtraue  
gegenüber, was, als dies in der Debatte zum Ausdruck  
kam. Man hält sich doch fern von Entwürfsfehler  
von Herrmann, und erkennt die Vorsicht in jedem Falle  
als eine politische Tugend an.

Auf einem besonderen Blatte steht die Frage der Aus-  
landsschiffe und der Auslandsindienststellungen. Es ist  
von der Kontroverse über die Bedeutung des Geheimnisses  
wenigstens getrennt zu halten, wenn man den Sachverhalt nicht  
verwirren will. Die Auslandschiffe waren schon in der letzten  
Flottenvorlage gefordert, zum Reichstag aber geschickt worden.  
Der Staatskassier hat die Entscheidung, um die Verlegung  
der Angelegenheit angefaßt und angegeben, daß er im  
angelegten Moment mit einer ähnlichen Forderung beauftragt  
werde, vielleicht mit einer kleineren, vielleicht aber auch mit  
einer größeren. Der Sach. des Entsch., daß dem Reichstag im  
Winter 1904/5 eine Novelle zum Budgetgesetz vorgelegt werden  
sollte, kann eigentlich nur hinsichtlich des Zeitpunktes über-  
wachen, da bisher allgemein angenommen wurde, daß man mit  
dem Bau erst 1906 beginnen, mit der Forderung also  
höchstens im Winter 1905 kommen werde. Der Vorwurf  
des Centumabergedenken Müller-Hindus über die frühe  
Veranlassung der Vorlage ist, jedenfalls unförmlich; denn die  
Veranlassung zum Entwurf, die sie für notwendig hält, recht-  
zeitig vorbereiten. Das diese Vorberathungen schon jetzt ver-  
öffentlicht worden sind, ist nicht Schuld des Herrn von Tirpitz,  
vielmehr des Linienamts, der dem „Vorwärts“ den Entsch.

angelehnt hat. In die Prüfung der Vorlage eingetreten wird  
Zeit sein, sobald sie eingebracht ist. Ein militärischer  
Projekt wäre im Augenblick ebenso verurteilt wie  
eine bezugsfreie Zustimmung. Für die größere oder  
geringere Dürftigkeit können nur die Verhältnisse kommenber  
Jahre entscheiden, die man gegenwärtig noch nicht übersehen  
kann. Ebenso deplaciert wäre eine Erregung über die Auslands-  
indienststellungen, denn auch diese hängen von Momenten  
ab, die noch im Schoß der Zukunft ruhen.

Die Freitagssitzung brachte Herrn von Tirpitz einen den  
vorausgegangenen Bemerkungen entsprechenden ansehnlichen  
Erfolg. Für die Abgeordneten aber, welche die parlamen-  
tarische Kontrolle nicht leicht nehmen, war sie ein Signal  
zur Wachsamkeit. Sie hat die Vorlesung enthüllt, daß  
Einsprüche — gleichwohl wie weit Herr von Tirpitz sie unter-  
stützt oder bekämpft — vorzulegen sind, welche auf eine Ver-  
einerung der Indienststellungen hindeuten, ohne die in der  
Finanzlage und in den parlamentarischen Verhältnissen liegenden  
Schwierigkeiten gehörig zu berücksichtigen. Man wird jetzt recht  
besorgt sein müssen, diesen übertriebenen Misforsteller zu  
dämpfen.

## Deutsches Reich.

### Das 25jährige Militärdenkmal des Kaisers.

Der 25. Jahrestag des Eintritts des Kaisers in den  
offenen Dienst des 1. Garde-Regiments zu Fuß, wurde gestern  
in Potsdam im ersten militärischen Kreise gefeiert. Vor-  
mittags fand in der Garnisonkirche ein Gottesdienst statt, bei  
dem Hof- und Garnisonpremier Kapler die Widrig hielt und  
an welchem das Regiment mit den direkten Vorgesetzten, die  
ehemaligen Offiziere und eine Deputation ehemaliger An-  
gehöriger des Regiments teilnahmen. Nachmittags 1/2 Uhr  
traf der Kaiser auf dem Bahnhof ein und fuhr nach dem großen  
Königsdenkmal. Hier hatten sich schon versammelt die in Berlin  
und Potsdam anwesenden Prinzen, darunter der Kronprinz und  
Prinz Heinrich, sowie der Großherzog von Sachsen.  
Das Regiment war im offenen Dienst angelehnt, d. h. d. h.  
das 2. Kompanie, welches der Kaiser erwiderte, die  
Adressate einnahm. Auf dem rechten Flügel standen die  
direkten Vorgesetzten, die ehemaligen Offiziere des Regiments  
und die Herren des Hauptquartiers, auf dem linken Flügel eine  
aus 12 Herren bestehende Deputation ehemaliger An-  
gehöriger des Regiments, die Deputation der ehemaligen  
Angehörigen hatten innerhalb des Einganges am Garnison-  
Klosterplatz genommen. Als nach dem Eintreten Schritt  
der Kaiser die Front ab, während die Truppen präsentierten  
und die Wäpfe des Regimentes spielte. Hierauf hielt der  
König eine Ansprache, die Herr v. Winterberg mit  
einem dreizehnten Kommando an den Kaiser überreichte, während  
sich das Regiment zum Paradeplatz formierte, unterließ sich  
der Kaiser mit zahlreichen ehemaligen Offizieren des Regi-  
ments. Es fand ein zweimaliges Bombardieren statt; das erste  
mal in Zügen, das zweite mal in Compagniekolonnen. Hierbei  
wurde der Kronprinz, Prinz Eitel Friedrich, Prinz Friedrich  
Wilhelm und Prinz Friedrich Sigismund eingetreten. Während  
überreichte die Deputation ehemaliger Angehöriger dem Kaiser  
ein Geschenk, welches in einer 40 hohen Kapsel in Form  
des Regiments (so ein mal) auf dem Schloßhofe von St. Privan  
an Marx und Silber besteht. Vauereicheit haben  
aus dem Reichstag die Angehörigen des Regiments geleitet.  
Der Kaiser dankte und unterließ sich kurze Zeit mit den Herren.  
Es sprach hierauf jeden einzelnen der angestellten ehemaligen  
Regimentsangehörigen an und legte sich etwa um 4 1/2 Uhr  
mit den Kronprinzen, den Prinzen Heinrich und Eitel Friedrich  
nach dem Schloßhof und von da in das Reichsdenkmal  
Schloß, Altona und im Regimentshaus des 1. Garde-  
Regiments zu Fuß ein. In dem der Kaiser sein  
und nach welchem eine Festhochzeit von Offizieren des Regi-  
ments veranstaltet wurde. Auch die Deputation ehemaliger  
Angehöriger spielte im Kasino.

Am 10. Februar erfolgte eine Reise von Aus-  
sichtungen und Besprechungen. Prinz Eitel Friedrich  
wurde zum Oberleutnant befördert.

Der Prinzregent von Bayern sandte dem Kaiser an-  
lässlich des Jubiläums folgendes Dankreiben:

Im fünfundzwanzigsten Jahre sind verfloßen seit dem Tage, an  
dem Ihre Kaiserliche und Königl. Majestät, den bewährten  
Traditionen Ihres Hauses folgend, unter dem Augen Hoch-  
dem unterzeichneten Herrn Großvater den Dienst im Heere  
angetreten haben. Ich und mit mir die kaiserliche Armee  
beglückwünschten Ihre Kaiserliche und Königl. Majestät  
wärmstens zu dem hohen Ehrentage. Zielt doch der 25. Jahrestag  
der Krone geteilt worden zu dem nie verlassenen Auserwähl-  
ten, Ihre Kaiserliche und Königl. Majestät für die Unterstützung  
des deutschen Vaterlandes entgegenzunehmen, und dem wir es  
verdanken, daß das deutsche Heer heute groß und leistung  
gebend dasteht, wie nie zuvor. Ihre Kaiserliche und Königl.  
Majestät bitte ich die Versicherung entgegenzu-  
nehmen, daß die kaiserliche Armee Ihren Ehre darin leben  
wird, im Frieden wie im Kriege, als unerschütterliches  
Festrecht zu bestehen und sich stets zu zeigen als das  
Zweck, das Hochbedeutende ihr in so hohen Maße ent-  
gegenbringen. Mit Vergnügen erneuere ich hierbei den Aus-  
druck herzlichster Hochachtung und Hochachtung, womit ich  
beide Ihre Kaiserliche und Königl. Majestät freunds-  
chaftlicher Gebens und Dankes. ges: Lippold.

Ein Lohnausfall von 8 Millionen Mark pro Monat.  
Unter dieser Epithete geht der Berliner „Volksw.“ fol-  
gende Aufzählung an: Es sei:

Auf Grund der von den Verzweigten angestellten Lohn-  
nachweisungen ist berechnet worden, daß im Oberverwaltungs-  
Bezirk Dortmund in den letzten beiden Monaten auf den  
Kohlenzechen an Arbeitslohn pro Monat insgesamt  
ausgegeben etwa 40 Millionen Mark zu verzeichnen, ausbezahlt  
worden sind, wie in derselben Bezirke des Reiches. Dies  
ist indes nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß auf  
den meisten Zechen möglichst durchgängig zwei Hierauf  
schichten wegen Mangel an Wäpfe eingesetzt werden müssen.

Dazu kommen in letzter Zeit noch größere Arbeiter-  
entlassungen und Ermäßigungen der Löhne und Schicht-  
löhne. Auch für den Monat Februar ist auf vielen Zechen  
den Arbeitern bereits ermäßigend worden, daß an den 23  
Arbeitslohn (ohne den Nachtzuschlag) sind es eigentlich 24)  
vorausichtlich sieben bis acht gekürzt werden müßten.  
Auf den Eisenwerken sind schon seit dem vorigen Sommer  
die meisten Arbeiter an Stelle der früheren ziemlich  
hohen Abendlöhne durch ermäßigende Schichtlöhne getreten,  
Während die Zeche von Wäpfe, die Arbeiter sind in großer Zahl  
anfall auf den Eisenwerken des Bezirkes, somit insbeson-  
der in dem vom Rhein- und Ruhrgebiet eingetragenen  
gleich, so daß man unter gleichzeitiger Berücksichtigung der  
verminderten Beschäftigung im Bergbau und den anderen die  
in Frage kommenden Gewerkschaften im Durchschnitt 8 bis  
pro Monat auf mindestens 8 Millionen Mark  
schätzen kann. Das dieser enorme Lohnausfall die Konsum-  
fähigkeit der Arbeiterbevölkerung bedeutend verringert hat,  
bedarf keiner weiteren Erläuterung. Dies kommt denn auch  
sich in gesunkenen Geschäftsumsätzen, sinkendem Umsatz  
Ausland, indem der Warenmarkt stetig zurückgeht.  
Die meisten Klagen über einen schlechten Geschäfts-  
gang kommen von den Beschäftigten der Metallgewerbe-  
betriebe, Leuten der Maschinen- und Eisenindustrie, die  
während der letzten Monate immer beständig waren.  
Die Arbeiter doch auch jetzt noch Brot kaufen müssen,  
erfährt man, daß sie dadurch den Brotlohn einbüßen,  
daß sie statt des Brotes jetzt lieber mehr Kartoffeln essen,  
weil diese billiger sind. Und nun soll das Brot durch den  
Lohnausfall noch mehr vertheuert werden!

Diese Zustände läßt die Größe der gegenwärtigen wirtschaf-  
lichen Krise sehr erkennen, als daß sie noch eines Kommentars  
nach dieser Richtung bedürftig.

## Politische.

Zu der kurzen Erörterung, die am Samstag im Ab-  
geordnetenhaus über das Verhalten der Regierung den  
Buren gegenüber stattfand, wird der „Frei. Pr.“ aus  
folgendem parlamentarischen Kreise gefolgt:

Der heutige Vorstoß gegen den Herrn Reichsminister  
und Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus wegen seiner  
ablehnenden Haltung gegen die Unterabhandlung  
den Buren gegenüber, waren in dem Reichstag eine  
Proposition, und ist nicht zu fällen, wie es im Parlament  
wohl einmal geschieht, zu einer gewissen Schärfe und Be-  
deutung angebracht, sondern man warte in politischen  
Kreisen schon seit Wochen, daß eine Art Ab-  
rechnung mit dem Grafen Bismarck stattfinden  
sollte. Es ist doch nicht zu übersehen, daß die  
die Burenfrage, die er nicht entscheiden ist, die Bedeutung, daß  
er dieser Debatte, die doch immerhin aus Deutschland  
Haltung im Burenkrieg, also eine Frage der auswärtigen  
Politik betraf, absichtlich ausweichen wollte, vielleicht weil sie  
nach seiner Meinung in der Reichstag geföhrt. Es ist  
immerhin beachtenswert, wie schon in diesen doch ganz von  
den Anhängern beherrschten Abgeordnetenhaus gegen den  
Großen Bismarck gehandelt worden ist, und daß an fremd-  
lichen sich noch der Meinung der freisinnigen Westpartei  
verliert. Es scheint demnach, als ob der leitende Staatsmann  
den Reichstag über die Unterabhandlung der Burenfrage  
Lohnausfall zum Recht der Behandlung der auswärtigen  
Politik reklamiert, nicht genügend imponierte und daß die Herr  
Anhang nicht die Berechtigung und Rechtmäßigkeit ent-  
gegenbringen, die doch ein Mann zu beanpruchen hätte, der  
gehört aber auch sich als ein so verantwortlicher, in so hohen  
Rangem, wie Herr Bismarck, zu entscheiden, woraus der Herr  
Reichsminister schon mag, daß der Bismarck abwechselnd aus ver-  
schiedenen Richtungen weht. Und wenn er es noch nicht  
wissen sollte, es ist der Sonne gutes Recht: sie scheint auf den  
Herrn und auch auf den Anhang.

Wie das Politische Bureau dazu meinet, besteht die Abwech-  
selnde Regierungsbürokratie auf einem Abwehrhändels  
von Seiten der Regierung sei angenommen worden, die An-  
gehörigkeit werde erst beim Eintritte des Ministeriums des Aus-  
wärtigen zur Geltung gelangen. Diese Entscheidung läßt  
sich hören, das Mißverständnis aber auch wieder weht machen  
indem Graf Bismarck die Verwaltung seines Staats benutzt, um  
nachdrücklich seine Erklärungen obzugeben.

Die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen  
berücksichtigt jeden ein außerordentlich interessante  
Rundschreiben, welches der Oesterreichisch-Russische Handels-  
verein in Wien unterm 1. Februar an seine Mitglieder zur Ver-  
sendung gedruckt hat. Es enthält uns den Rundschreiben, daß  
unser Konkurrenz und in dem bedeutenden Oesterreich  
nicht möglich sind, aus allen Beziehungen, welche wir auf dem  
Gebiete der Handelspolitik etwa machen, wo und wie es trag-  
fähig, Kapital zu schlagen. Das Rundschreiben lautet:

Zu Deutlichen Reichstagen steht ein Postamt in  
Schlesien, welches bekanntlich enthält, die  
die Geiz zu helfen, wie unter dem Namen des  
Land, so auch einen großen Teil des Exportes nach  
dem Deutschen Reiches ebenfalls treffen würden. Infolge  
dieses Umstandes hat das handelspolitische Verhältnis  
zwischen dem Deutschen Reiches und Rußland naturgemäß eine gewisse  
Erklärung erfahren, welche Konsequenzen von den Kontrahenten  
Staaten von Nordamerika, England, Italien und  
Belgien bereits ernstlich zum Bewußt sein, mit Rußland in  
energe und günstiger Handelsbeziehungen zu treten.

Diese für unseren Export nach Rußland ungünstige  
Situationslage ist, und so ist man anzunehmen  
ist der Zweck einer Aktion, welche der Oesterreichisch-  
Russische Handelsverein in Wien eingeleitet hat, und  
welche darin besteht, der Oesterreichischen und der gemeinsamen  
Regierung Material zu unterbreiten, das sich auf die Schaffung  
eines untern Exportverhältnisses möglichst angepaßten Fall.

Das Haus ist sehr schnell besetzt. Die Verhandlung des Reichstages...

Der Reichstag hat sich am 8. Februar 1890 in der 188. Sitzung versammelt...

Die Verhandlung des Reichstages am 8. Februar 1890...

Inseln durch Verbesserung und Bau von Land...

Der Abgeordnete hat sich ein Gelegenheits...

Der Landtag für das Fürstenthum Nassau...

Der Reichstag hat in der Angelegenheit...

Zum ersten Male wird jetzt von agrarischer Seite...

Die deutsche Arbeiterpartei hat sich...

Vertrages mit Russland an Stelle des 1893...

Die Verhandlung des Reichstages am 8. Februar...

Vertical text on the left margin, likely a page number or index.

Vertical text on the right margin, likely a page number or index.



